

Liebe Stadtverordnete,

vielen Dank für die Thematisierung unseres Anliegens in der heutigen Sitzung!

Wir, die Anwohner der Friedrich-Ludwig-Jahn-Straße/Paddenbrücke und Bürger dieser Stadt, möchten einige Anmerkungen zum entsprechenden Artikel in der Lausitzer Rundschau vom 11. Oktober darlegen und bitten die folgenden Ausführungen wörtlich in das Protokoll zu übernehmen.

Zum Textabschnitt

„Auf Nachfrage legt Bürgermeister Jens Richter (CDU) dar, dass alle anliegenden Grundstücke, auch Kita und Schule bei der Berechnung berücksichtigt worden seien.“

Ist zu sagen, dass die den Anwohnern zur Verfügung stehenden Unterlagen keine Berücksichtigung der Schule für die Erschließungsanlage 2 zeigen. Dass die Schule berücksichtigt werden sollte wurde den Stadtverordneten von den Anwohnern mit Schreiben vom 25. Mai dieses Jahres dargelegt.

Der Bürgermeister wird mit folgender Aussage zitiert:

„Auch seien für die Beleuchtung noch nie Beiträge erhoben worden und den Rückbau der alten Laternen habe die Verwaltung bei der Kostenaufstellung nicht einbezogen, so Richter.“

Das ist falsch. Die Anwohner haben Rechnungen von der Stadt bezüglich der bereits vorhandenen Laternen erhalten. Diese liegen den Anwohnern auch vor.

Auch ist zu lesen:

„Richter verteidigt auch die gewählte Pflastervariante, weil das Niederschlagswasser besser versickert und deshalb der Regenwasserkanal günstiger wurde.“

Hierzu ist folgendes zu sagen:

Die gewählte Pflastervariante ist unnötig teuer und musste handverlegt werden. Die Mehrkosten (Material und Arbeitsaufwand) sollte die Stadt tragen.

Wenn Pflaster gewählt wird, wird ortsüblich die Variante Standard, rechteckig grau verwendet.

Dieses Standardpflaster hat im Vergleich zu der von Ihnen gewählten teuren Variante eine höhere Fugenlänge.

Bitte belegen Sie mit Daten, dass bei der von Ihnen gewählten teureren Variante das Regenwasser besser versickert, als bei der sonst ortsüblichen Variante!

Welche praktisch relevante Versickerung ist bei der angewandten Verdichtung des Straßenaufbaus überhaupt gegeben, dass die empfohlene günstige Asphaltdecke nicht ausgereicht hätte?

Dieses erhellt sich uns auch im Zusammenhang mit der Einleitung des Regenwassers von der Straße mit allen möglichen Kontaminationsproblemen in den Roten Nil noch nicht.

Auch soll das teurere Pflaster noch für den weiteren Ausbau verwendet werden. Die Anwohner wehren sich dagegen, sich als Gewinnmaximierungsmaschine für Baufirmen missbrauchen zu lassen.

Um einem weiteren Vertrauensverlust und dem, was die Anwohner als Betrug bezeichnen würden, vorzubeugen, erwarten wir Ihre Zusicherung des Bestehens der Einbahnstraßenregelung für die nächsten 50 Jahre.

Die Mehrkosten für die unnötige Breite der Straße von 5m im Vergleich mit den völlig ausreichenden 3 Metern sind von der Stadt zu tragen. Die Straße sollte auch nicht für weitere 20/30m mit einer Breite von 5m gebaut werden.

Wir weisen nochmals darauf hin, dass uns nicht klar ist, welches übergreifende Verkehrskonzept der Erschließung zu Grunde liegt oder welche Bedarfsermittlung dem vorausging. So wie es sich für die Anwohner darstellt, dienen die Straßen alleinig den Interessen der neuen Bauherren und der Zuwegung für Schule und Kindergarten.

Wird hier sogar geltendes Recht benutzt, nein sogar mißbraucht, um diesen Interessen zu dienen? Wo liegen die nachvollziehbaren Vorteile für die Anwohner, die diese auf sie zukommenden Kosten rechtfertigen könnten?

Wenn die Bürger ein derartiges Projekt finanzieren sollen, sollte ihnen selbstverständlich die Mitsprache, die Möglichkeit selbst Kostenvoranschläge einzuholen, Einsicht in die Kostenzusammensetzung des fertiggestellten Abschnittes und dessen Kostenvoranschläge gewährt werden.

Wir bitten die Darlegung wörtlich in das Protokoll zu übernehmen und übergeben es schriftlich ans Sie, vielen Dank!